



„Hochrisiko“-Einstufung für Soja

Widerstand im EU-Industrieausschuss

Stand: 24. Juni 2026, 15:00 Uhr - Niels Reisinger

Lesezeit: 3 min

Das EU-Parlament könnte die Kommissionspläne überraschend kippen.

Kurzfassung: Der Industrieausschuss des EU-Parlamentes hat am Mittwoch einem Entschließungsantrag gegen die geplante „Hochrisiko“-Einstufung von Soja durch die EU-Kommission zugestimmt. Das Plenum soll nun zwischen dem 7. und 9. Juli abstimmen. Bei einer Mehrheit müsste die Kommission ihre Pläne zurückziehen. Agrar- und Industrievertreter appellieren an die Abgeordneten, dem Entschließungsantrag zuzustimmen.

BRÜSSEL. Bei den Plänen der EU-Kommission, Soja pauschal als „Risikorohstoff“ einzustufen, zeichnet sich eine überraschende Wende ab. Ein Entschließungsantrag gegen die Einstufung fand am Mittwoch (24.6.) im Industrieausschuss des EU-Parlamentes (ITRE) eine Mehrheit. Die europäische Land- und Ernährungswirtschaft hatte zuletzt intensiv vor den Folgen des Kommissionsvorstoßes gewarnt.

Das gesamte Plenum soll dem Vernehmen nach zwischen dem 7. und 9. Juli über den Entschließungsantrag abstimmen. Findet sich auch dort eine Mehrheit, müsste die Kommission ihre umstrittenen Pläne zurückziehen. Eine breite Verbändeallianz aus der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie appellierte im Anschluss an die Ausschusssitzung erneut an die Parlamentarier, die Einstufung zu verhindern.

Kommission warnt vor Entwaldung durch Sojaanbau

Mit dem delegierten Rechtsakt will die EU-Kommission Soja als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen (high-iLUC) einstufen. Die direkte Folge wäre, dass Biokraftstoffe aus Sojaöl künftig nicht mehr auf die Treibhausgasminderungsquote angerechnet werden. EU-Agrarkommissar **Christophe Hansen** hatte den Plan zuletzt verteidigt: Weltweit weite sich der Sojaanbau überwiegend auf Flächen mit hohen Kohlenstoffbeständen aus. Der voraussichtlich steigende europäische Bedarf an Biokraftstoffen könne indirekt solche Landnutzungsänderungen fördern.

Dass damit auch für EU-Sojaproduzenten der Absatzkanal über Biokraftstoffe verstopft wäre, sieht die Brüsseler Behörde weder als Gefahr für die Erzeuger noch für die Verarbeiter: Schrot wäre von den Regeln nicht betroffen, das Öl könne anderweitig verwertet werden.

EVP, EKR und Renew stellen sich gegen die Kommission

Die EU-Abgeordneten der EVP-, EKR- und Renew-Fraktion im Industrieausschuss sehen das offenbar anders. In ihrem gemeinsam eingereichten Entschließungsantrag, der AGRA Europe vorliegt, warnen sie vor „schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen für den

europäischen Agrar- und Lebensmittelsektor, insbesondere für die Vieh-, Futtermittel- und Biokraftstofflieferketten“.

Der Kommissionsvorschlag würde demnach „Unsicherheit über die Verfügbarkeit von Soja“ schaffen, die Preise für Fleisch- und Milchprodukte sowie Biokraftstoffe erhöhen und die Wirtschaftlichkeit der Ölsaatenverarbeitung mindern. Er stehe damit im Widerspruch zu den strategischen Zielen der Union, eigene Wertschöpfungsketten bei Biokraftstoffen und pflanzlichen Proteinen aufzubauen und Importabhängigkeiten zu verringern.

Ausschuss sieht Fehler in der Berechnungsmethodik

Europäisches Soja werde ohnehin entwaldungsfrei produziert und trage darüber hinaus zu diversifizierten Fruchtfolgen und der Bodenfruchtbarkeit bei, argumentiert der ITRE. Eine unterschiedslose Anwendung eines weltweit berechneten Landnutzungsänderungsrisikos benachteilige die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft. Zudem macht der Ausschuss Fehler in der von der Kommission angewandten Berechnungsmethodik geltend.

Der Industrieausschuss im EU-Parlament fordert die Brüsseler Behörde daher auf, einen neuen delegierten Rechtsakt vorzulegen, in dem Soja nicht in die high-iLUC-Kategorie aufgenommen wird.

Rukwied und Krawczyk setzen auf das EU-Parlament

Nachdem sich im Agrarrat der EU-Mitgliedstaaten keine Mehrheit gegen den Kommissionsvorschlag gebildet hat, hoffen führende Verbände der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft nun auf eine Mehrheit im EU-Parlament.

„Der ITRE-Ausschuss hat erkannt, dass das Vorhaben der EU-Kommission eine akute Gefahr für den Proteinplan und für die Versorgungssicherheit Europas darstellt“, kommentierte **Torsten Krawczyk**, Vorsitzender der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP).

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, erklärte, dass das Vorhaben grundlegend neu bewertet werden müsse: „Wir appellieren an alle Mitglieder des EU-Parlaments, Einspruch gegen das Vorhaben der Kommission einzulegen.“

Industrievertreter bemängeln Datengrundlage

Auch **Jaana Kleinschmit von Lengefeld**, Präsidentin des Verbandes der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID), mahnte, dass Europa eine Energie- und Klimapolitik brauche, die Entwaldungsrisiken auf Basis aktueller wissenschaftlicher Daten bekämpfe, „ohne dabei nachhaltige Biokraftstoffe, die heimische Proteinversorgung und die industrielle Wertschöpfung zu schwächen“.

Ähnlich äußert sich der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB), **Elmar Baumann**: „Die von der Europäischen Kommission beauftragte Studie zur Einstufung von Soja als high iLUC-Rohstoff weist erhebliche methodische Mängel auf“. Es sei inakzeptabel, einen Rohstoff auf dieser Grundlage und angesichts der wirtschaftlichen Folgen auszuschließen, so Baumann. AgE